

Datum:

26.01.2011

**An den Bezirksbürgermeister der  
Bezirksvertretung Heepen**

## Antrag

### Aufnahme in die Tagesordnung

| Gremium                  | Sitzung am | Beratung   |
|--------------------------|------------|------------|
| Bezirksvertretung Heepen | 10.02.2011 | öffentlich |

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

### **Erarbeitung eines standardisierten Verfahren für die Sperrung von Sporthallen**

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit dem ISB ein standardisiertes Verfahren für die Sperrung von Sporthallen im Stadtbezirk Heepen zu entwickeln, das die folgenden Punkte berücksichtigt:

- Die Sperrungen müssen zeitlich und räumlich minimiert werden, d. h. es muss stets geprüft werden, ob die Sperrung abwendbar ist oder nur auf Teile der Halle (etwa bei Mehrfachhallen) beschränkt werden kann.
- Die Sperrung muss allen Nutzern unverzüglich mitgeteilt werden. Das weitere Vorgehen soll dann mit den Nutzern abgestimmt werden, insbesondere sollten die regulären Überprüfungsstermine für die Erforderlichkeit der Sperrung in Abstimmung mit den Nutzern so gewählt werden, dass wichtige Veranstaltungen rechtzeitig abgesagt bzw. verlegt werden oder doch stattfinden können.
- Sobald es Anhaltspunkte (z. B. durch Hinweise der Nutzer) gibt, dass die Sperrung nicht mehr erforderlich ist, sollte unverzüglich geprüft werden, ob die Sperrung aufgehoben werden kann.

Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt, ein solches Verfahren auch in anderen Stadtbezirken und ggf. auch für andere öffentliche Sportanlagen vorzusehen.

**Begründung:**

Wegen eines Wassereintruchs wurde die Braker Sporthalle vom 07.01.2011 bis zum 14.01.2011 voll gesperrt. Diese Maßnahme wird von den Betroffenen (Sportverein, Schule) als sehr drastisch empfunden, da der Wassereintruch sich nur auf einen kleinen Bereich der Halle beschränkt habe. Die Sperrung hat für die Betroffenen zahlreiche negative Konsequenzen (Spielverlegungen, Ausfall von Schul- und Übungsstunden, Meisterschaftsspielen usw.) mit sich gebracht. Dieser Fall ist der Anlass, solche Verfahren in Zukunft - unter Beteiligung der Betroffenen - transparenter und sachgerechter zu gestalten.

**Unterschrift:**

gez. Dr. Elsner